

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 22241
Kurz für Nachrichten: Nr. 20011
Schreibleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - N. 1, Kurzenstraße 24/25

Preispapier vom 1. bis 15. April 1930 bei gleich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 RM.
Postzustand für Monat April 2,40 RM. einchl. 24 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Dresdens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet: die einseitige 20 mm breite Seite 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 30 mm breite Reklametexte
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengelder 30 Pfg. Zuständige Kulturträger gegen Vorauszahlung

Verlag v. Verlag: Neppich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden
Nachdruck nur mit druck. Genehmigung
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unvollständige
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Vegetarisches Restaurant
Moritzstraße 14, I.
Beste naturgem. Gemüse, Mehl-, Milch- und Eierspeisen
Angenehmer, ruhiger Abendverkehr

Die unentbehrliche
Damen-Tasche Hervorragend schöne
für jeden Geschmack Muster in unerreichter
Auswahl. Ausserste Preise.
Adolf Näter Pragerstr. 26
Erstes Lederwaren-Spezialgeschäft

Englischer Garten
Das Restaurant von Weltruff
Ringstr. 32
Telephon 13333
Städtische
Weinhandlung
Austernversand

Elf Stimmen Mehrheit für das Kabinett

Reichstagsauflösung noch einmal vermieden

Berlin, 12. April. Das Kabinett Brüning erhielt am Sonnabend 120 Uhr im Reichstag eine Mehrheit von 11 Stimmen. Insgesamt wurden 424 Karten abgegeben. Davon stimmten 217 mit Ja und 206 mit Nein. Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Bei der Abstimmung stimmte die deutschnationale Reichstagsfraktion geteilt ab.

Ueberraschungen in letzter Stunde

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 12. April. Vor der entscheidenden Abstimmung hatten die Verhältnisse im Reichstag eine fast dramatische Zuspitzung bekommen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion tagte bereits am frühen Vormittag und brach ihre Beratung kurz vor Beginn der Plenarsitzung um 12 Uhr mittags ab. Währenddessen hatte der deutschnationale Reichstagsfraktionsführer Dr. Obersohnen bereits mit der Reichsregierung Fühlung genommen und einen Zusatzantrag zur Biersteuervorlage angekündigt, der eine feste

Verbindung zwischen Biersteuervorlage und Disprogramm herbeiführen sollte. Später, im Reichstagsplenum, begründete Abg. Oerdt diesen Antrag, der bezweckt, einen der heikelsten Punkte der Gesamtsteuervorlage mit dem Disprogramm in sehr eindeutiger Weise zu verknüpfen. Die Biersteuervorlage soll nämlich befristet sein, wenn nicht die notwendigen 200 Millionen für das Disprogramm ziemlich kurzfristig zur Verfügung stehen. Die Regierung hat dieser Verknüpfung nicht zugestimmt, sondern im Plenum nur durch den Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer allgemein gehaltene Zusicherungen geben lassen. So mußte die Abstimmung den Verlauf nehmen, der sich bereits wiederholt angekündigt hatte.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion stimmte geteilt ab, und der deutschnationale Parteiführer, Geheimrat Eugenberg, steht nunmehr vor der Frage, ob er aus dieser Aufspaltung innerparteiliche Konsequenzen ziehen will oder nicht.

Dr. Eugenberg hat den Parteivorstand zum 1. Mai einberufen. Im Anschluss daran wird auch die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei zusammentreten.

Die Mehrheit für das Kabinett Brüning kam aber nicht nur durch die getrennte Abstimmung der deutschnationalen Reichstagsfraktion zustande. Eine ganze Anzahl von Kommunisten waren nicht im Sitzungssaal anwesend und auch die sozialdemokratischen Reihen wiesen Lücken auf.

Von der Pressetribüne aus konnte man im einzelnen nicht genau feststellen, welche deutschnationalen Abgeordneten mit Ja und welche mit Nein gestimmt haben. Darüber werden aber schon in Kürze die amtlichen Stimmlisten Auskunft geben können. Der Spitzenkandidat des Wahlkreises Dresden-Bauhen, Oberfinanzrat Dr. Wang, gab eine Reinkarte ab, ebenso konnte man das bei dem engeren Freundeskreise des deutschnationalen Parteiführers feststellen. Insgesamt sollen 21 Abgeordnete mit Eugenberg gegen die Regierung gestimmt haben. Nach der Abstimmung trat eine Art Er schöpfungspause ein.

In den Wandelhallen gaben die Freunde der jetzigen Regierung unverhohlen ihrer Genugtuung über das Ergebnis Ausdruck.

Auf der Rechten waren naturgemäß die Empfindungen sehr verschieden. Das Abstimmungsergebnis muß naturgemäß auf die an sich schon gespannten Beziehungen zwischen Deutschnationaler Volkspartei und Nationalsozialisten zurückwirken.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich der Kristallisationspunkt für die große Rechte nunmehr etwas nach links verschiebt, denn der Gedanke der großen Rechten muß aufrecht erhalten bleiben, wenn nicht das deutsche Bürgertum eines Tages doch der Uebermacht der Linken erliegen soll.

Sachlich ist an dem politischen Ergebnis der heutigen Abstimmung befriedigend, daß die Agrargesetze nun sofort in die Wirksamkeit umgesetzt werden können. Auch die Finanzreform, über deren Einzelheiten sich gewiß streiten läßt, ist wenigstens in einigen Grundzügen gesichert. Das Grundfähigkeits wird freilich nachzuholen sein, aber im Moment kam es vor allen Dingen darauf an, die Reichskasse nicht ohne Mittel zu lassen.

Der Brief des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther bezeugt ja eindringlich genug, wie schlecht es um den Geldbeutel des Reiches bestellt ist.

Nach der Erholungspause wurden die Abstimmungen, die nun freilich ziemlich stark an Interesse verloren hatten, fortgesetzt. Mag sein, daß es hier und da noch kleine Zufälligkeiten „Pannen“ geben kann, aber es scheint festzustehen, daß die Regierung

in diesem Fall daraus keine Kabinettsfrage machen

wird. Auch in der dritten Lesung, die vermutlich in der Sonntagsnacht 12,05 Uhr beginnen wird, sind kaum noch Ueberraschungen zu erwarten. Das Reichskabinett Brüning hat, nachdem es tagelang im Begriffe war, sich selbst aufzugeben,

in letzter Stunde und über die Trümmer von Parteien hinweg eine parlamentarische Basis

gefunden. Zum mindesten bis zum Herbst sind Neuwahlen nun kaum mehr zu erwarten. Die Hochspannung der letzten vierzehn Tage ist einer Entspannung gewichen. Gewiss ist die Atmosphäre alles andere als bereinigt, aber die Abgeordneten brauchen wenigstens bei allem, was sie tun und denken, sich nicht mehr allzu sehr auf Neuwahlen einzustellen. Das fördert im allgemeinen die sachliche Arbeit. So hat sich der Reichstag, wenn auch in letzter Minute und nach schweren, krisenhaften Kämpfen, die, man kann wohl sagen, wohlverdienten Dankschreiben erhalten.

(Reichstagsbericht siehe Seite 2)

Ein langfristiges Sparprogramm gefordert

Berlin, 12. April. Der Steuerauschuß des Reichstages beschloß sich mit dem Gesetzentwurf zur Vorbereitung der Finanzreform und nahm den Artikel III an, wonach der Reichsfinanzminister beauftragt wird, gemeinsam mit dem Reichssparkommissar ein langfristiges Sparprogramm aufzustellen, das die Grundlage für eine Steuererleichterung schafft und namentlich auch eine baldige Senkung der fortbauenden Ausgaben gewährleistet. Von den Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1930 sind mindestens 600 Mill. RM. im Haushalt für 1931 einzusparen. Die durch Verminderung der Gesamtausgaben des ordentlichen Haushalts eintretenden Ersparnisse sind unter Berücksichtigung der Rassenlage sowie der Zuschläge oder Abschläge, die sich aus der Entwicklung der Einnahmen des Reiches ergeben, für Entlastungen von direkten Steuern zu verwenden.

Sevilla in Erwartung des Zeppelins

Paris, 12. April. Wie aus Madrid gemeldet wird, wird das Zeppelinluftschiff für den 14. und 15. Mai in Sevilla erwartet. 150 Soldaten werden bei der Landung Hilfe leisten. Das Luftschiff wird auch Alicante überfliegen, wo zu dieser Zeit das deutsche Geschwader vor Anker liegen wird.

Bayerisch Bier

Das bayerische Bier hat in den letzten Tagen die deutsche Innenpolitik geradezu beherrscht. Viele meinen, daß der Aufwand an Leidenschaft zum Objekt des Streites in einem kraffen Mißverhältnis stand. Darum wird es als ein Trost empfunden, wenn auch als schwacher, daß die letzte Entscheidung um größere Fragen von allgemeiner Bedeutung ging, nachdem über die Biersteuer ein ehrenvoller Vergleich zustande gekommen ist. Ein Wahlkampf um den Bierpreis hätte doch einen komischen Beigeschmack gehabt, besonders im Ausland, wo man für den bayerischen Biereifer noch weniger Verständnis hat als bei uns im Reich. Die deutschen Stämme kennen ja als gute Verwandte ihre gegenseitigen Vorzüge und Schwächen und sind darum eher zur Nachsicht geneigt. Trotzdem hatten die Bayern in dieser Zeit eine ausgesprochen schlechte Presse. Man hat sich weidlich geärgert über die Zähigkeit, mit der die 17 Mann von der Bayerischen Volkspartei ihre Wahlkreuze verteidigt haben, und weit verbreitet war die Ansicht, daß solcher Ehemut einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Seltener sind auch so massive Angriffe und so spöttische Glossen über echt bayerische „Bierbankpolitik“ an die Münchner Adresse gerichtet worden. Dort ist die Volksseele über so viel Verstandnislosigkeit des „Auslandes“ natürlich erst recht ins Kochen geraten — es war ja gerade Salvatorzeit und 37 000 Bürger pilgerten täglich zum kraftspendenden Rockherberg. Kein Wunder darum, daß das Echo der Entrüstung über den „Raubzug vom Norden“ mit bayerischer Verbitterung zurückscholl. Eine neue Bierlinie schien sich zwischen den Norden und Süden legen zu wollen.

Politisch ist der Ausgleich ja nun gelungen; aber das Gemitter hat sich noch nicht verzogen. Großend steht es am Horizont. Und in Bayern steht die in n e r e Auseinandersetzung um den Bierpreis noch bevor. Im übrigen Deutschland hat man sich schon seit Silberding's Steuerprogramm langsam, wenn auch widerwillig, mit dem Gedanken vertraut gemacht, daß man das Dreizehnteliterglas um ein paar Pfennige teurer bezahlen muß. Mit Dalben und Maß rechnen wir ja gar nicht und täuschen uns damit leichter über die Beutelschrumpfung hinweg. Anders steht sich die Sache vom bayerischen Standpunkt aus an, und wenn wir gerecht sein wollen, dürfen wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß es für die bayerische Politik nicht um ein äußerliches Referatredat handelt, das sie aus Eigensinn verteidigt, wie einst die Briefmarken, auch nicht nur um die „schäumende Maß“, sondern um wirklich einschneidende volkswirtschaftliche Belange. Die deutschen Länder sind nun einmal von grundverschiedener wirtschaftlicher und sozialer Struktur, und bei der gemeinsamen Kasse, die wir seit Erbacher's Finanzreform führen müssen, kann es nicht ausbleiben, daß irgendwelche steuerliche Verschiebungen sich zu des einen Freud und zu des anderen Leid auswirken. Wir haben das erst kürzlich erlebt, als sich Sachsen in einer Reichsratsabstimmung und vorher in einer Regierungsdenkschrift über den Steuerverteilungsschlüssel zur Wahrung seiner finanziellen Interessen gegen die bayerischen Wünsche wenden mußte, obwohl es sonst in föderalistischen Fragen ein gut Stück Weges mit Bayern gemeinsam gehen kann. In der Biersteuerfrage ist das Verhältnis nun gerade umgekehrt. Wir können es deshalb Bayern nicht verwehren, daß es bei dieser Gelegenheit seine Interessen vertritt, wenn man auch im gesamtdeutschen Interesse eine maßvollere Form der Auseinandersetzung gewünscht hätte. Statt uns aber zu beschimpfen, sollten wir den Anlaß lieber benützen, um uns selbst und unsere verschiedenen Bedürfnisse besser verstehen zu lernen.

Ueber den fiskalischen Einwand der bayerischen Regierung kann man streiten, wenn sie eine Uebervorteilung darin sieht, daß die neuen Steuern hauptsächlich von Bayern als dem Lande der größten Bierproduktion aufgebracht werden müssen, aber erst nach großen Abzügen für das Reich und andere Länder in den bayerischen Staatsfiskus zurückfließen. Viel gewichtiger sind jedenfalls die Auswirkungen für die bayerische Volkswirtschaft. Man kann sich darüber lustig machen, so viel man will, aber es bleibt doch Tatsache, daß in Bayern das Bier ein Nahrungsmittel ist. Genusmittel wird es erst außerhalb des Landes; denn Bier braut man überall, und „Bayerisches“ trinkt man nur, wenn man sich „extra“ was leisten will. Anders im Ursprungsland. Dort ist die Maß Bestandteil der „Brotzeit“, des Mittag- und des Abendessens, für breite Schichten des Bauern-, Arbeiter- und Mittelstandes. Es wird zum trockenen Brot getrunken, gewissermaßen als Ersatz des bei uns üblichen Brot-ausfrisches. Auf dem Lande ist es vielfach ein Teil des Vohnes, und in kleinen Verhältnissen rechnet und zahlt man